**Brigitte Young**

# FINANZKRISEN UND DEREN LANGFRISTIGEN AUSWIRKUNGEN AUF DIE LOKALEN GOVERNANCE-STRUKTUREN: ASIEN, ARGENTINIEN UND BRASILIEN[16]

## EINLEITUNG

Finanzkrisen sind aus den Medien verschwunden. Anne Krueger, IMF, schreibt sich die Prävention der Finanzkrisen auf die Fahnen des eigenen Hauses. „Dass es so wenige Finanzkrisen gibt, hat mit der Prävention des IWF zu tun."[17] Ganz anders sah dies noch Joseph Stiglitz, Chefökonom der Weltbank, der seinerzeit eine internationale Furore auslöste, als er den Internationalen Währungsfonds bezichtigte, die Finanzkrisen in Asien maßgeblich zu verschlimmern. Nach Anne Krueger haben aber Finanzkrisen nicht nur negative Folgen. „Finanzkrisen bieten gute Anlässe für steuerliche und strukturelle Reformen." Der neue Direktor des IWF, Rodrigo Rato, übt zwar Selbstkritik bezüglich des Managements der Finanzkrisen, und stellt fest, dass der IWF die schwere Wirtschaftskrise in Argentinien 2001 mitzuverantworten hat. Aber nicht, wie man glauben möchte, weil der IWF die neoliberale Liberalisierung der Finanzmärkte und Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur hemmungslos vorantrieb, sondern weil der IWF dem Land zu lange Geld lieh, ohne eine Strategieänderung in der Wirtschaftspolitik abzuverlangen.

Der IWF hat daraufhin auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank in Washington im Oktober 2004 vorgeschlagen, die Gelder für die Kreditvergabe zu kürzen. Der Exekutivrat des IWF will zukünftig intensive Beratung anbieten, aber weniger Kredite. Bisher sind alle IWF-Programme mit Kreditlinien verbunden. Das von vielen Entwicklungsorganisationen sowie auch von Attac geforderte faire Entschuldungsverfahren für Argentinien und für viele andere hoch verschuldete Entwicklungsländer fand auf der Jahrestagung, auch vom deutschen Finanzminister Hans Eichel keine Unterstützung. Lediglich wurde um einen von den US geforderten Schuldenerlass für den Irak verhandelt.

Über die Ursachen und Ausbreitung von Finanzkrisen wissen wir wenig, wie dies auch der Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft" bescheinigte. Für den Zeitraum zwischen 1975 und 1997 hat der Internationale Währungsfonds 158 Finanzkrisen identifiziert. Diese enthalten noch nicht die Währungskrisen in Thailand, Indonesien, Südkorea, Malaysia und den Philippinen, die 1997 begannen und dann auf Russland und Lateinamerika überschwappten. Noch weniger wissen wir über Finanzkrisen und die damit verbundenen sozialen Auswirkungen. Dies ist bis heute ein relativ unerforschtes Thema. Die sozialen Auswirkungen der Finanzkrisen – dies soll in diesem Bei-

[16] Dieser Artikel ist bereits in *Sozialismus,* Heft 6/2005, 46-53 erschienen.
[17] Anne Krueger, Vortrag an der New York University, Economics Honors Society, zum Thema „Meant Well, Tried Little, Failed Much: Policy Reforms in Emerging Market Economies", 23.3.2004.



*Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 52–63*

trag deutlich werden – sind jedoch nicht nur kurzfristig, sie haben tief greifende und langfristige Auswirkungen auf die menschliche Sicherheit und den Bereich der sozialen Reproduktion.

Im Folgenden wird die These vertreten, dass Finanzkrisen in Asien, Argentinien und Brasilien eine Polarisierung zwischen „arm“ und „reich“ und zwischen Frauen unterschiedlicher Ethnien, Klassen und nationaler Zugehörigkeit ausgelöst haben, die eine existenzielle Verschlechterung für Millionen der Bevölkerung bedeutet. Diese Krisen und deren sozialen Folgen sind nicht nur reduzierbar auf ökonomische Aspekte. Sie sind zurückzuführen auf politische Entscheidungen der internationalen Finanzinstitutionen, die mit den Strukturanpassungsprogrammen den nationalen Krisenstaaten eine restriktive Fiskalpolitik und Haushaltskonsolidierung aufoktroyieren, die den langfristigen fiskalen Spielraum für diese Länder stark einschränken (Gill 1999).[18]

Der disziplinierende Neoliberalismus konterkariert, trotz einiger Errungenschaften für Frauen, die emanzipatorische Transformation von Geschlechtergerechtigkeit für viele Frauen und auch Männer in den Schwellenländern. Diese zunehmende Unsicherheit auf der unteren Stufe der globalen sozialen Hierarchie ist nicht nur Resultat, sondern auch die Voraussetzung für die Existenzbedingungen der globalen players in der derzeitigen Phase der „Globalisierung von oben“.

## 1. ÄNDERUNGEN IN DEN GOVERNANCE-STRUKTUREN DER SOZIALEN REPRODUKTION

Die derzeitige Transformation der globalen Ökonomie geht einher mit weltweiten Änderungen in den Governance-Strukturen von Produktion und sozialer Reproduktion. Soziale Reproduktion wird nach Bakker (2003) definiert als die laufende warenförmige Reproduktion der Arbeitskraft und der gesellschaftlichen Prozesse und sozialen Verhältnisse, die die gesellschaftliche Ordnung etablieren und aufrechterhalten. Die vom Internationalen Währungsfonds für viele Entwicklungsländer auferlegten restriktiven Strukturanpassungsprogramme (SAP) haben zu einer Expansion und Vertiefung des Marktes geführt, wodurch Frauen oftmals direkt dem ungeschützten Marktmechanismus ausgesetzt werden. Als universelle Tinktur für Staaten in Liquiditätsnot, trotz der Behauptung eines Post-Washington-Konsenses, verschreibt der Währungsfonds weiterhin strikte Haushaltskonsolidierung, Öffnung der Waren und Gütermärkte, Erhöhung der Exporte bei gleichzeitigen realen Lohnkürzungen und Reduzierung der Nachfrage.

Durch die zunehmende Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung wird das Verhältnis zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit neu definiert und der Bereich des „Privaten“ normativ im Vergleich zum öffentlichen Sektor aufgewertet. Zunehmend spielen sich die Pro-

[18] Dieses „locking-in” von disziplinierenden verfassungsähnlichen Mechanismen kann derzeit sehr deutlich in Brasilien verdeutlicht werden. Trotz der Zusage des neuen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva, dass die Armutsbekämpfung Vorrang vor Schuldentilgung haben wird, sieht nun die Realität bereits anders aus. Die neue Regierung hat ein drastisches Sparprogramm verkündet. Das zusätzliche Sparvolumen ist fast acht Mal so groß wie der Etat für das angekündigte Hungerbekämpfungsprogramm. Damit soll ein Einnahmenüberschuss zur Bedienung der Schulden erreicht werden (Frankfurter Rundschau vom 12. 2. 2003).



*Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 52–63*

zesse der Produktion und sozialen Reproduktion in einem breiten Band von informellen, formellen, Familien- oder Subsistenzarbeiten ab. Ob Frauen in der Karibik oder in Asien Arbeit in den „global cities“ verrichten, sie hat gemein, dass Frauenarbeit eine Kombination von Beschäftigung in der formellen transnationalen Produktion, in informellen Bereichen und in der Subsistenzwirtschaft darstellt. In Reaktion auf die Strukturanpassungsprogramme versuchen Staaten ihre Ausgaben zur Haushaltskonsolidierung für soziale Dienstleistungen unverhältnismäßig mehr zu kürzen als die des militärischen oder verwaltungstechnischen Bereiches. Kürzungen im Bildungsbereich, in der Gesundheitsversorgung, Nahrungsmittel- und Transportsubventionen, Wasserversorgungsanlagen, Abfallbeseitigung und viele andere der Versorgungsdienstleistungen treffen vor allem die Marginalisierten, „die Angehörige einer untergeordneten Klasse, Geschlechts- oder ethnischen Gruppe sind und die ihre Arbeitskraft nicht vollständig besitzen, sondern der Kontrolle von Gönnern, Vermietern, Chefs, kommunalen Vorgesetzten, Dorfoberhäuptern, Ehegatten bzw. Vätern unterworfen sind, denen gegenüber sie Verpflichtungen haben, die im schlimmsten Fall mit offener Gewalt durchgesetzt werden“ (Elson 1997: 55).

Mit einem Globalisierungsblick „von unten“ lässt sich feststellen, dass die Überlebungsstrategien für die Masse der unqualifizierten ArbeiterInnen und der Marginalisierten sich radikal verschlechtert haben. Arbeits- und Einkommensunsicherheit, Gesundheitsrisiken, Umweltprobleme, politische und gesellschaftliche Unsicherheiten, zunehmende private und staatliche Gewalt sind für viele der „most vulnerable“ zum Alltag geworden. Aber diese soziale Fragmentierung, gesellschaftliche Desintegration und Armut wirken sich in Bezug auf die Geschlechterverhältnisse, sozialen Schichten und Ethnien sehr unterschiedlich aus und verschärfen dadurch die bereits existierenden geschlechtsspezifischen und sozialen Asymmetrien (Grown/Elson/Cagatay 2000).

Im Folgenden wird unter vier zentralen Aspekten von sozialer Reproduktion unterschieden (Bakker 2003; Truong 2000), um anhand dieser Klassifizierung aufzuzeigen, welche Auswirkungen regionale Finanzkrisen in Asien und Lateinamerika auf den Bereich der sozialen Reproduktion haben.

- *Biologische Reproduktion* bezieht sich auf die menschliche Fortpflanzung, die als ein Prozess der physischen Entwicklung von Menschen verstanden werden muss. Darüber hinaus bezieht sich die biologische Reproduktion aber auch auf den internationalen Handel mit menschlichen Körperteilen, in dem einzelne Menschenkörperteile und Organe als Ware auf dem Markt verkauft werden.

- *Reproduktion der Arbeitskraft,* die nicht nur für den Erhalt der meist männlichen Arbeitskraft sorgt, sondern auch die Reproduktion der eigenen weiblichen und der Arbeitskraft von Kindern in der formalen, informellen und Haushalts- sowie Subsistenzökonomie mit einschließt.

- *Reproduktion der „care Ökonomie“,* darunter sind Aspekte wie z. B. Versorgung von Kindern, der Altenpflege, Betreuung des Hauhaltes, Arbeit in Kommunen und freiwillige Arbeit in Nichtregierungsorganisationen gemeint. Dazu gehört auch die psychologische Betreuung von Familienmitgliedern, die besonders in Zeiten von ökonomischen Krisen und Unsicherheiten von Frauen traditionell eingefordert wird.



*Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 52–63*

- Viertens schließt die soziale Reproduktion die *bezahlte „reproduktive Arbeit“* (Sexsektor, Prostitution und Unterhaltungsindustrie sowie auch den häuslichen Dienstleistungssektor) ein. Einmalig an dieser Verrichtung von Arbeit ist die Kontrolle und Verfügbarkeit anderer über die bezahlte reproduktive Arbeitskraft. Frauen und Kinder werden zur Ware degradiert, „die konsumiert und verbraucht wird“ (Hartsock 2001). Die Existenz von Sklavenarbeitsbedingungen vielfach kombiniert mit Gewalt, der Abwesenheit eines rechtlichen Status, und der grenzüberschreitende Kreislauf von Menschenhandel im Schatten der „offshore“-Ökonomien, bleibt in dieser bezahlten „reproduktiven“ Arbeit überwiegend unsichtbar (Truong 2001). Diese ausbeuterische Sexarbeit muss theoretisch als ein Staatsversagen zum Schutz von Frauen und Kindern in der „intensivierenden Globalisierung“ verstanden werden und verkörpert aber gleichzeitig eine aktive Staatsstrategie, die zunehmend von den Einkommen der Frauen und den Deviseneinnahmen für die internationale Schuldentilgung und ihrer schrumpfenden Haushaltskasse abhängig ist (Young 2003).

## 2. INTENSIVIERENDE GLOBALISIERUNG UND FINANZKRISEN

Ihren Ausgangspunkt nahmen die Finanzkrisen 1997/98 durch die massenhafte Liquidität von Kapital in den großen Finanzzentren, die auf der Suche nach rentablen Anlagemöglichkeiten die attraktiv erscheinenden Schwellenländer mit Kapital überschwemmte. In der Zeit von 1990 bis 1996 erreichte der Kapitalzufluss in asiatischen Ländern durchschnittlich 5% des BIP. Die krassesten Beispiele waren dafür Thailand und Malaysia. Während der 1990er Jahre flossen durchschnittlich über 10% des BIP in diese beiden Länder und erreichten sogar 13% und 17% in einem Jahr. Sobald aber deutlich wurde, dass die Aufnahmefähigkeit dieser Länder – wegen ihrer unzureichenden Größe und der unzureichenden institutionellen Infrastruktur des Bankensektors – begrenzt waren, setzte eine abrupte Umkehr der Kapitalflüsse ein, die durch eine Spekulationswelle gegen die jeweiligen Währungen noch verstärkt wurde.

Die Finanzkrise traf zuerst Thailand und breitete sich sehr schnell auf Indonesien, Korea und auf andere Staaten aus. Der „Washington-Konsens“ des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank sowie die neoliberalen Strukturanpassungsprogramme waren die Antwort auf die Finanzkrisen. Als Option blieb den Ländern nur die wirtschaftliche Anpassung und die Unterwerfung unter das Regelwerk des neoliberalen „Washington-Konsens“ (Huffschmid 2002).

Dass die Finanzkrise in Asien eine schwere ökonomische Krise mit sich zog, ist nichts Außergewöhnliches. Überraschend ist vielmehr das ökonomische Ausmaß dieses Einbruches. In Korea und Malaysia fiel das Bruttoinlandsprodukt 1998 um mehr als 5%, in Thailand um 8% und in Indonesien um ein katastrophales Ausmaß von 20% (Singh/Zammit 2000, 1260). Die zunehmende existenzielle Unsicherheit, Arbeitslosigkeit, Armut, Ausgrenzung, Drogenhandel und Menschenhandel, Abbau des Wohlfahrtstaats sind eine Seite der verheerenden und heute noch andauernden sozialen Kosten der Asienkrise. Die Währungskrise blieb aber nicht begrenzt auf den asiatischen Raum. Sie zog auch Russland und lateinamerikanische Staaten in den Strudel der Finanzturbulenzen und zeigt ein ähnliches Szenario in diesen Ländern von Abhängigkeit durch Auslandskapital und der damit verbundenen hohen Auslandsschulden.



*Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 52–63*

Die Streikaktionen, Straßenschlachten mit Geschäftsplünderungen, die zwanzig Tote und Hunderte von Verletzten in Argentinien im Dezember 2001 forderten, signalisieren das Scheitern des neoliberalen Modells einer intensivierenden Globalisierung. Der gesellschaftliche Zusammenbruch in Argentinien, der auch Brasilien und Uruguay traf, war nicht nur eine ökonomische und politische Krise. Viel gravierender waren der Vertrauensbruch der BürgerInnen in die politischen Institutionen und die Auflösung der Gesellschaft (Huffschmid 2002).

Die argentinische Krise – wie bereits auch die Asienkrise – hätte nicht stattfinden dürfen. Argentinien war lange der Musterknabe des Internationalen Währungsfonds und der westlichen G-7 Staaten. Es war der Vorzeigefall für eine neoliberale Wirtschaftspolitik mit Öffnung der Märkte gegen außen, Privatisierung und Liberalisierung im Inneren, eine Rentenreform (Übergang vom Umlage- zum Kapitaldeckungsverfahren) sowie eine stabilitätsorientierte Geld- und Finanzpolitik. Präsident Carlos Menem brach somit grundsätzlich mit der Interventions- und Inflationspolitik der Vergangenheit und führte ein Konversionssystem absolut fester Wechselkurse (ein Peso ist gleich ein Dollar) bei vollständiger Öffnung der Kapitalmärkte ein. Ziel dieser Geld- und Währungspolitik war, das Vertrauen ausländischer Investoren durch ein System der festen Wechselkursbeziehungen durch ein „currency board“ [19] herzustellen. Durch die Dollarparität wurden ausländische Investoren auf einen Schlag unabhängig von etwaigen Wechselkursabwertungen der nationalen Währung. Kurzfristig konnte die existierende Hyperinflation gebändigt werden und Argentinien lockte ausländisches Kapital an, das die wiederum kostengünstigen, zur Privatisierung angebotenen öffentlichen Güter aufkaufte. Langfristig führte die Dollarparität in eine finanzielle Krise, da dieses System die Nachteile eines festen Wechselkurses mit den Nachteilen eines Systems freier Wechselkurse verbindet. Einerseits kann sich ein Land nicht gegen die Abwertung anderer Länder wehren (Brasilien initiierte 1999 eine Abwertung des Reals von 40%), andererseits aber gänzlich abhängig wird hinsichtlich seiner Geldversorgung und Zinspolitik von den Kapitalmärkten (Flassbeck 2002).

Die internationalen Finanzinstitute schlossen ihre Augen vor der einfachen Wahrheit: Wer Schulden in harter Währung macht, muss auch in der Lage sein, diese irgendwann in harter Währung wieder abzutragen (Fritz 2003).[20] Die argentinische Wachstumsstrategie der Auslandsverschuldung führte 2001 in eine Währungskrise und ein Jahr später musste die Dollarparität aufgegeben werden, die aber das Land fast vollständig in den Ruin trieb. Das argentinische Volkseinkommen brach 2002 um etwa 15% ein und die dadurch ausgelöste Krise hat in ihrem Ausmaß und sozialen Auswirkungen die Krisen von 1975, 1981 und 1989 übertroffen. Argentinien erlebte die schlimmste Wirtschaftskrise seiner Geschichte.

In der Zwischenzeit hat Argentinien einen Plan für die Schuldenrückzahlung vorgelegt, der vorsieht, dass von den 100 Milliarden Dollar Schulden 32 Cents pro Dollar rückerstattet werden. Bis zum Stichtag, dem 26. Februar 2005, hatten 76% der internationalen Gläubiger diesen „debt exchange“-Plan akzeptiert. Derzeit wird mit dem IWF darüber verhandelt, wie mit den restlichen Gläubigern verfahren werden soll, die dieses Angebot nicht angenommen haben.

[19] Ein „currency board“ ist vergleichbar mit einem festen Wechselkurssystem, in dem die Geldinstitution Geldscheine druckt und Münzen prägt, die voll konvergierbar sind. Ziel dieser Einrichtung ist, den Politikern die Notenpresse aus der Hand zu nehmen und Fehlbeträge nur mehr über den Kapitalmarkt zu finanzieren.

[20] Das Verhältnis von Schuldendienst zu den gesamten Exporterlösen liegt in Argentinien zwischen 75 und 110% (Fritz 2003).



*Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 52–63*

Ausschlaggebend für die Ablehnung des „Schuldenhandels“ ist vor allem die Tatsache, dass die argentinische Wirtschaft schneller als angenommen wächst und daher die restlichen Gläubiger Argentinien auffordern, ein höheres Rückzahlungsverhältnis zu Gunsten der internationalen Gläubiger anzubieten. Derzeit wird mit einem zusätzlichen Haushaltsüberschuss von 7,8 Mrd. Dollar gerechnet statt der 3% der Bruttoinlandsproduktion des primären Haushaltsüberschusses (vor Bedienung der ausländischen Gläubiger). Der IWF hatte Anspruch auf diese Gelder erhoben, um die privaten Gläubiger von Argentinien-Bonds zu entschädigen, was aber die argentinische Regierung mit dem vorgelegten „debt swap“ (Schuldenumwandlungs)Plan ablehnte. Die derzeitigen Schulden des Landes gegenüber privaten Gläubigern werden mit 100 Mrd. Dollar beziffert, zugleich hat es aber in den letzten zwei Jahren 7 Mrd. Dollar Nettozahlung an die internationalen Finanzinstitute (IFIs) geleistet (Lavagna 2004).

Argentinien befindet sich, wie auch andere lateinamerikanische Länder in einer paradoxen Situation. Die wirtschaftliche Lage verbessert sich, aber die soziale Lage der Mehrheit der Bevölkerung hat sich nur marginal verbessert. Die städtische Arbeitslosigkeit sank von 17,3% (2003) auf 13,8% (2004), die Löhne stiegen in bescheidenem Maß, aber 40% der Argentinier gelten noch immer als arm trotz eines Wirtschaftswachstums von 8,4% im Jahr 2003. Gravierend ist vor allem, dass sich innerhalb des derzeitigen Wachstumsregimes kein Ausweg bietet, die massive Armut nachhaltig zu bekämpfen. Am 16. März 2004 unterzeichneten in Rio de Janeiro die Staatspräsidenten von Argentinien, Nestor Kirchner, und Brasilien, Lula da Silva, den „Copacabana Act“, der einer Zusammenarbeit für ein Wirtschaftswachstum im Dienste der Gleichheit dienen soll. Darin wird kritisiert, dass verschuldete Länder eine nachhaltige Entwicklungsstrategie und deren Finanzierung im gegenwärtigen neoliberalen Finanzsystem nicht gleichzeitig einlösen können. Die beiden Staatschefs fordern, „mit den internationalen Gläubigerinstitutionen auf eine Weise zu verhandeln, die das Wachstum nicht gefährdet, die Tragfähigkeit der Schulden sicherstellt und Raum für Investitionen in die Infrastruktur lässt“ (Bissio 2004).

Obgleich die wirtschaftliche Lage in Brasilien sich in den letzten beiden Jahren nicht so massiv verschlechtert hat wie in Argentinien, ist die soziale Lage dort dramatisch. Während Argentiniens Wirtschaft wächst, kämpft Brasilien um das Erreichen des vom IWF auferlegten Haushaltsüberschusses von 4,25%. Das brasilianische Wirtschaftswachstum liegt bei Null und die Arbeitslosigkeit steigt. Der Auslöser dafür sind vor allem die hohen Zinssätze. Das Land konfrontiert eine Sozialkrise, deren Brisanz besonders in der großen Einkommenskluft liegt. Ähnlich wie Carlos Menem in Argentinien verfolgte auch Präsident Fernando Henrique Cardoso in Brasilien ein neoliberales Projekt der Marktöffnung, Privatisierung, Reduktion des Staatsektors, und Deregulierung. Mit dem inflationsbekämpfenden „Real-Plan“ wurde zwar die Inflationsrate drastisch gesenkt (von 50% auf 6% zwischen Juni und Ende Juli 1994), was aber nicht über Wachstum, wirtschaftliche Konsolidierung und Sanierung des Staatshaushaltes erreicht wurde, sondern durch ausländische Spekulationsgelder und hohe Zinsen.

Dass eine Wirtschaftspolitik, die mit weltweit höchsten Realzinsen Privatkredite und ausländisches Kapital ins Land holt, nicht den erwünschten Wettbewerb erzielen kann, zeigte sich sehr bald an der hohen Auslandsverschuldung. Zwischen 1995 und 1999 erhöhte sich der Anteil des Auslandskapitals von 43,3 Milliarden Euro (6% des BIP) auf 201,5 Milliarden (21,6% des BIP). Dadurch stieg der Schuldendienst zwischen 1995 und 2000 von 24,9% auf 55,1%. Im gleichen Zeitraum schrumpften die Ausgaben für Bildung von 20,3% auf 8,9%. Insgesamt



*Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 52–63*

liegen die Ausgaben für Bildung und Gesundheit unter dem Betrag der Zinszahlungen (Sader 2002).

Obwohl Brasilien das größte Darlehen bekommen hat, das jemals vom Internationalen Währungsfonds an ein Land gewährt wurde (30 Mrd. US $ im September 2002) liegt Brasilien in Bezug auf Einkommensunterschiede weltweit an der Spitze. Nirgends in der Welt ist die Konzentration von Reichtum und Einkommen so hoch wie in Brasilien und nirgends klafft die Schere zwischen Arm und Reich so weit auseinander. Ungeachtet der grassierenden Armut ist der brasilianische Markt für Luxusgüter in den vergangenen fünf Jahren inflationsbereinigt durchschnittlich um 33% gewachsen – um ein Vielfaches schneller als die Wirtschaft des Landes (Financial Times Deutschland vom 18. 8. 2004). Luiz Inacio Lula da Silvas Kampfansage gegen Hunger, Armut und Korruption machte ihn zum Hoffnungsträger für ganz Lateinamerika. 46 von 178 Brasilianern haben nicht ausreichend, nicht regelmäßig, nicht gut genug zu essen. In der Zwischenzeit werden die Stimmen immer lauter, dass das „Null Hunger"-Projekt des brasilianischen Präsidenten eher schlecht als recht funktioniere.

Um das Vertrauen der internationalen Gläubiger zu behalten, hat Lula sich nämlich im Wahlkampf verpflichtet, die Außenschulden in Höhe von 300 Milliarden Dollar zurückzuzahlen und das Strukturanpassungsprogramm fortzuführen. Dies hat zur Folge, dass die öffentlichen Ausgaben massiv zurückgefahren worden sind. Per Haushaltsgesetz wurde ein primärer Exportüberschuss von 4,25% im Vergleich zum BIP festgelegt. Ein Exportüberschuss in dieser Größenordnung wurde 2003 auch tatsächlich erreicht, dies hat sich aber nicht auf die wirtschaftliche Gesamtentwicklung ausgewirkt. Die Industrieproduktion hat kaum zugenommen (0,5%), die Arbeitslosenzahl ist weiterhin hoch, die Investitionsrate liegt bei ca. 17,6% des BIP, die schlechteste der letzten Jahre, außerdem fielen die ausländischen Investitionen sogar um 50% im Vergleich zu 2002. Lula versucht die Quadratur des Kreises: einerseits für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen und zugleich die Auflagen des Internationalen Währungsfonds aufrechtzuerhalten.

## 3. FINANZKRISEN UND DEREN AUSWIRKUNGEN AUF DIE SOZIALE REPRODUKTION

Von Argentinien, Brasilien bis in die von der Finanzkrise betroffenen Länder in Asien hat sich die soziale Reproduktion (biologische Reproduktion, Reproduktion der Arbeitskraft, Reproduktion der „care"-Ökonomie, und die bezahlte „Reproduktionsarbeit") gravierend verschlechtert. Breiteste Bevölkerungsgruppen bekamen die Auswirkungen der Krise zu spüren und die zunehmende Armut, Verelendung, Abbau von staatlichen Subventionen und Fürsorgedienstleistungen gefährden darüber hinaus die menschliche Sicherheit und die Überlebenschancen der sich am unteren Ende der Globalisierung befindenden Bevölkerungsschichten.

Über 40% der 37 Millionen Einwohner in Argentinien leben in Armut und über ein Drittel der Erwerbsbevölkerung hat zu wenig oder gar keine Arbeit. In einem der reichsten Länder Lateinamerikas ist sogar die biologische Reproduktion in Gefahr. Steigende und durch Unterernährung verursachte Sterberaten bei Kindern sind auf die Kürzungen im Gesundheitsbereich zurückzuführen. Während im Jahr 1998 Argentinien für die Gesundheit in der Provinz Tucumán



*Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 52–63*

noch 650 Dollar pro Kopf und Jahr ausgegeben hat, waren es 2002 lediglich 140 US $ (Frankfurter Rundschau vom 23. 11. 2002). Obwohl Argentinien 99 Millionen Tonnen Nahrungsmittel (Getreide, Fleisch, Vögel, Gemüse, Früchte und Fische) pro Jahr produziert und demnach seine Bevölkerung zehn Mal ernähren könnte, konnten fünf Millionen Argentinier während der ökonomischen Krise (2000/2001) nicht mit den erforderlichen Lebensmitteln versorgt werden. CARITAS aus Spanien musste 2002 Nahrungsmittel senden, um die zunehmenden Hungerprobleme der Argentinier zu mildern.

Als Hauptverantwortliche für die Ernährung ihrer Familien sind vor allem verarmte Frauen gezwungen, besonders viel Zeit für die Suche nach Lebensmitteln aufzuwenden. Auch wenn Frauen von Krankheit oder Arbeitslosigkeit nicht direkt betroffen sind, so müssen sie die fehlende Versorgungsleistung, die der Staat nicht mehr gewährleisten kann, ohne Vergütung als zusätzliche Leistung aufbringen. Ebenfalls von Kürzungen stark betroffen war der Bildungsbereich. In einem Land, das bisher eine Alphabetisierungsrate von 96% vorweist, können nun Kinder wegen finanzieller Not nicht mehr die Schule besuchen. Nach einem UNICEF-Bericht verlassen 50% der jungen Menschen zwischen 13-17 Jahren vor dem Abschluss die High-School. Mädchen sind von der Krise besonders betroffen, da ihre Bildungschancen stark von kulturellen Faktoren, Armut im Haushalt, Kinderarbeit und sozialen Rollen abhängen (Riley 2002).

Die hohe Arbeitslosigkeit, die von der Regierung Anfang 2002 durchgeführten Kürzungen von 350.000 Stellen im öffentlichen Sektor sowie die steigende Anzahl von Konkursen kleinerer und mittlerer Unternehmen haben den informellen Sektor und die Einführung der „barter"-Ökonomie (geldlose Ökonomie) zur Überlebensstrategie vieler Argentinier gemacht. Während der Krise (2000/2001) gab es elf unterschiedliche Währungen in den Provinzen (Lavagna 2004). Besonders das Einfrieren der Sparkonten *(corralito)* traf den Mittelstand besonders hart, da dieser keine Transaktionen in Bargeld vornehmen konnte. Dies wiederum wirkte sich indirekt vor allem auf ärmere Schichten aus, die zwar keine Bankkonten haben und deshalb auch von dem Einfrieren der Sparkonten nicht direkt betroffen waren, aber von einer zunehmenden durch das *corralito* verursachten Verlagerung von Tätigkeiten in den informellen Sektor betroffen wurden. Aber auch die informellen Aktivitäten besonders für Hausangestellte in Familien der Mittelschicht wurden stark eingeschränkt. Eine Umfrage der Weltbank, bei der 2.800 Personen in Argentinien befragt wurden, ergab, dass vier von zehn Familien, die normalerweise Hausangestellte beschäftigten, dies 2002 aufgaben oder reduzierten.

Wenn in einer ökonomischen Krise die öffentlichen Güter für Gesundheit, Bildung, Daseinsfürsorge und soziale Einrichtungen reduziert werden, tragen Frauen die Hauptlast dieser Kürzungen, da sie die Hauptträgerinnen für die „care-Ökonomie", die Reproduktion der Arbeitskraft und das soziale Gemeinwesen sind. Ein Weltbank-Bericht hebt hervor, dass sechs von zehn befragten Haushalten aussagten, sie ersetzten Produkte und Dienstleistungen durch häusliche Arbeit, welche – mit geringen Ausnahmen – von Frauen geleistet werden. Drei von vier Frauen aus der armen Schichte leisten diese zusätzliche Arbeit, aber auch 43% der Mittelschicht. Im Klartext: Viele Reinigungsmittel für Haus und Kleidung werden nicht mehr gekauft, sondern durch einen höheren Kraftaufwand der im Haushalt Tätigen kompensiert.

Hinzu kommt, dass die Arbeitslosigkeit der Männer, wie dies auch in vielen anderen Ländern der Fall ist, oft zu mehr Gewalttätigkeit gegen Frauen und Kinder und auch zu mehr Alkoholis-



*Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 52–63*

mus führt. Zunehmend sind Frauen gezwungen, die Rolle des Familienernährers zu übernehmen. Dies bedeutet nicht nur eine mehrfache Überbeanspruchung der Versorgungsökonomie, es führt auch zu sozialen und ökonomischen Konflikten und zu einer Gefährdung des sozialen Gemeinwesens (Spieldoch 2002).

Die soziale Lage in Brasilien sieht kaum anders aus. Die brasilianische Wirtschaftskrise hat die soziale Krise und die bereits existierenden ethnischen Ungleichheiten verschärft. 1999 sind die Sozialausgaben um 1,13 Mrd. US $ gekürzt worden, dies repräsentiert 23,7% der Gesamtausgaben. Programme gegen Armut, Unterstützung für Not leidende Kinder, Senioren, Behinderte, Beseitigung von Kinderarbeit und Landreformen wurden dadurch radikal gekürzt. Andererseits hat Lula das Programm „Unterstützung der Familie“ und das „Null-Hunger-Programm“ initiiert, davon profitieren durchaus Menschen, aber die Mittel sind zu gering, um die grassierende soziale Ungerechtigkeit zu reduzieren.

Die Ungleichheiten zeigen sich auch am Arbeitsmarkt: Der durchschnittliche Monatslohn für schwarze und braune Männer betrug Ende der 1990er Jahre weniger als die Hälfte (46%) des durchschnittlichen Monatsgehalts eines weißen Mannes. Für eine schwarze Frau war der Unterschied noch gravierender: 40% eines Montagsgehalts eines weißen Mannes. Weiße Frauen verdienten im Vergleich 79% eines durchschnittlichen Einkommens eines weißen Mannes. Die zunehmende Ungleichheit *zwischen* Frauen ist besonders auf die große Anzahl von schwarzen Frauen im Haushaltssektor zurückzuführen. Frauen unterschiedlicher Klassen und Ethnien verrichten somit Frauenarbeit!

Die *Brazil Social Watch Reference Group* argumentiert, dass die Hauptursache für die zunehmende Arbeitslosigkeit und Informalisierung des Arbeitsmarktes mit der Reduzierung der industriellen Produktion ist. Inflation, kombiniert mit der Öffnung der Märkte und einer hohen Zinspolitik, hat zu einer Deindustrialisierung geführt. Gleichzeitig wurden auch die mit einem regulären Arbeitsvertrag einhergehenden Gewerkschaftsrechte reduziert oder eliminiert. Wie bereits erwähnt, steigt die Zahl der Millionäre ungeachtet der steigenden Armut in Brasilien. Der Präsident des Autoherstellers Ferrari Brasilien, Francisco Longo, macht die zynische Feststellung, „wer reich und eitel genug ist, hört doch nicht auf Luxusartikel zu kaufen, nur weil die Regierung von einem Mann aus dem Volk geführt wird“ (Financial Times Deutschland vom 18. 8. 2004).

## 4. DIE „HERRIN“ UND DIE „DIENERIN“

Die gleichen asymmetrischen sozialen Auswirkungen der Finanzkrise findet man auch heute noch in Asien, obgleich die „Hohen Priester“ der Finanzwelt anhand makroökonomischer Daten bescheinigen, dass bereits kurz nach der Finanzkrise die Einbrüche in Bezug auf Wirtschaftswachstum, Zinssätze und Währungsmärkte meist nur kurzfristige Folgen hatten (Singh/Zammit 2000). Die Sichtweise aus der Perspektive der sozialen Reproduktion sieht aber ganz anders aus. Die rigide Anwendung des „Washington-Konsens“ mit den aufoktroyierten Haushaltskonsolidierungs- und Sparprogrammen hat die Bedingungen für die soziale Produktion in diesen Ländern langfristig gefährdet. Frauen und Männer sind dem ökono-



*Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 52–63*

mischen „melt-down“ ausgeliefert, doch scheinen Frauen disproportional stärker von der ökonomischen Krise getroffen zu sein. Lim (2000) resümiert in einer Studie über die Auswirkungen der Finanzkrise in den Philippinen, dass durch die vorherrschende Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit Männer mehr „Freiheit“ erworben haben, erwerbstätige Frauen aber umgekehrt mit der Belastung von verlängerten Arbeitszeiten und mit der zusätzlichen häuslichen Versorgung zu kämpfen haben.

Viele Frauen in den von Krisen betroffenen asiatischen Ländern sind somit nicht nur mit einer physischen Überbelastung von bezahlter und unbezahlter Arbeit konfrontiert, sie tragen des weiteren die Verantwortung für das psychologische Wohlbefinden des Mannes, wie dies in Korea offiziell von der Regierung propagiert wurde. Obwohl die Verdrängung von Frauen aus dem Arbeitsmarkt in Korea erheblich größer war als die der Männer, appellierte die koreanische Regierung mit dem Slogan *„Get Your Husband Energized“* an Frauen, die Auswirkungen der Finanzkrise auf Männer zu absorbieren und sie vor Depression zu schützen (Singh/Zammit 2000).

Die existenzielle Unsicherheit und die Prekarisierung der Erwerbsarbeit ist die eine Seite der verheerenden sozialen Kosten der Asienkrise. Die andere Seite ist die zunehmende „Flucht“ in die bezahlte Reproduktionsarbeit in Form von Prostitution, Unterhaltungsindustrie, Tourismus, Menschenhandel, in der Frauen das notwendige Einkommen für ganze Gemeinden und für die Überlebenschancen der eigenen Familie aufbringen. Die Vereinten Nationen bezeichnen den Menschenschmuggel als das am schnellsten wachsende kriminelle Geschäft der Welt. Besonders Frauen und Kinder bilden in diesen grenzüberschreitenden *circulus vitiosus* eine neue globale *service class.* Die Vereinten Nationen schätzen, dass vier Millionen Menschen 1998 von illegalem Handel betroffen waren und einen Profit von über 10 Mrd. US $ für kriminelle Gruppen erwirtschaften. Gleichzeitig übertrafen 1998 die Überweisungen von legalen und illegalen Migrantinnen an ihre Herkunftsländer 70 Mrd. US $. In der Zwischenzeit zählen in den Philippinnen die Devisenüberweisungen aus der globalen Unterhaltungsindustrie zu den drittgrößten Einnahmequellen des Landes. Nach der Finanzkrise fing Thailand ebenfalls an, aktiv Frauen als „Hausmädchen“ in den Mittleren Osten, die USA, Europa und als „Entertainer“ nach Japan zu *exportieren.* Bereits in der Zeit zwischen 1993 und 1995 wurde die illegale Ökonomie in Thailand (Drogen, Menschenschmuggel, Prostitution, Glückspiele) zwischen 11 und 18 Mrd. US $ geschätzt. Dies entspricht zwischen 8% und 13% des BIP (Phongpaichit u. a. 1998).

Die zunehmende Präsenz von Frauen nach der Asienkrise in der grenzüberschreitenden illegalen Ökonomie von Prostitution, Tourismus, Unterhaltungsindustrie, Hausmädchen wird durch zwei Aspekte besonders verschärft. Erstens zeigen Studien, dass ökonomische Not ein fundamentaler Eintrittspunkt für Frauen in die Prostitution ist. Zweitens spielt die hohe Verschuldung vieler Länder eine wichtige Rolle in diesem Dreieck von einerseits der „Feminisierung des Überlebens“ für Familien und ganzen Gemeinden, des hohen Gewinnes für die Schmuggler und Menschenhändler und der nötigen Deviseneinnahmen für die betroffenen Staaten. Das Ende der Asienkrise und der zunehmende wirtschaftliche Aufschwung in diesen Ländern haben aber den grenzüberschreitenden Menschen-, Frauen- und Kinderhandel nicht beseitigt. Gerade umgekehrt, der Handel mit Menschen scheint viel lukrativer zu sein als andere existierenden Tätigkeiten. Einmal etabliert, lässt sich dieser profitable menschenverachtende Handel kaum kontrollieren.



*Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 52–63*

Die von den asiatischen Ländern geförderte Exportstrategie von ungelernten Arbeiterinnen wird durch einen kaum bemerkten Wandel in westlichen Industrieländern noch verstärkt. Die zunehmende Professionalisierung von Frauen im Arbeitsmarkt wird durch die staatlichen Kürzungen im Sozialbereich begleitet von einer weitestgehend unsichtbaren Zunahme bezahlter Arbeitskraft im privaten Haushalt. Immer mehr Migrantinnen arbeiten in informellen Jobs in der haushaltsorientierten Dienstleistungsindustrie. Es existiert eine unsichtbare Verbindung zwischen der wachsenden wirtschaftlichen Aktivität von westlichen Frauen und der staatlichen Exportstrategie von „überflüssiger" Arbeitskraft in den krisengebeutelten asiatischen Ländern. Globalisierung und die Finanzkrisen haben im Haushaltsbereich zwei klassen- und ethnienspezifische Kategorien von Frauen, die „Herrin" und die „Dienerin", geschaffen: The „Mistress" and the „Maid" in the globalized economy (Young 2001).

## 5. WAS TUN?

Es muss die Einrichtung eines internationalen Insolvenzverfahrens für eine geregelte und faire Entschuldung von souveränen Schuldnern, die ihrem Schuldendienst nicht nachkommen, gefordert werden. Es muss auch eine Re-Regulierung der globalen Finanzarchitektur geben, die die finanzielle Instabilität und Volatilität der Kapitalbewegungen kurzfristig kontrolliert, sowie auch die Gläubiger mit in die Verantwortung und Bewältigung von Finanzkrisen einbezieht. Die Re-Regulierung der Finanzmärkte kann aber nur dann Erfolg haben, wenn die Folgen der makroökonomischen Wirtschaftspolitik und die Auswirkungen der Finanzkrisen auf die Lebensrealität von ärmeren Schichten in den Entwicklungsländern in die Verhandlungen mit einbezogen und vorbeugende Maßnahmen initiiert werden, damit die „menschliche Sicherheit" für Frauen, Kinder und Männer in den Staaten des Südens gewährleistet werden kann. Traditionelle Analysen zu den Krisentendenzen auf globalen Finanzmärkten können von den Einsichten der feministischen Ökonomie profitieren, die den Blick auf die „Globalisierung von oben" mit den Auswirkungen der „Globalisierung von unten" kombinieren, um die Verelendung und Verarmung ganzer Bevölkerungsschichten transparent und sichtbar machen.

## BIBLIOGRAPHIE


*Bakker,* Isabella (2003), Neo-Liberal Governance, Human Security and the Reprivatization of Social Reproduction, in: Isabella *Bakker* and Stephen *Gill* (eds.), Power, Production and Social Reproduction, London.

*Bissio,* Roberto (2004), Lula/Kirchner vs. IWF, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, 7/2004, 4-5.

*Deutscher Bundestag* (2002), Schlussbericht der Enquete-Kommission. Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten.

*Elson,* Diane (1997), Economic Paradigms Old and New: The Case of Human Development, in: Roy *Culpeper,* Albert *Berry* and Frances *Stewart* (eds.), Global Development. Fifty Years after Bretton Woods, New York.

*Flassbeck,* Heiner (2002), Lehrstück am Rio de la Plata, in: Blätter für deutsche und Internationale Politik 2, 135-137.

*Fritz,* Barbara (2003), Lateinamerikas ewige Schuldenkrise, in: Frankfurter Rundschau vom 3. 1., 10.

*Gill,* Stephen (1999), The Geopolitics of the Asian Crisis, in: Monthly Review. Vol. 50 (10), 1-10.

*Grown,* Caren and Diane *Elson* and Nilufer *Cagatay* (2000), Introduction. World Development, Vol. 28, 7, 1145-1156.

*Hartsock,* Nancy C. M. (2001), Domination, Globalisation: Toward a Feminist Analytic (= Paper for V. International Conference. Domination & Ideology in High Tech Capitalism), Berliner Institut für Kritische Theorie E.V. 24.-27. 5. 2001.

*Huffschmid,* Jörg (2002), Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg.

*Lavagna,* Roberto (2004), A Conversation with Roberto Lavagna[21], The Council on Foreign Relations, New York, 12. 4. 2004.

*Lim,* Joseph (2000), The Effects of the East Asian Crisis on the Employment of Women and Men: „The Philippine Case". World Development, Vol. 28, 7, 1285-1306.

*Phongpaichit* P. and *Piriyarangsan* and N. *Treerat* (1998), Guns, Girls, Gambling, Ganja, Chieng Mai.

*Riley,* Maria (2002), Education Matters: General Agreement on Trade in Services. Economic Literacy Series. IGTN, March; www.genderandtrade.net.

*Sader,* Emir (2002), Keine Angst vor besseren Zeiten, in: Le Monde diplomatique. Oktober: 16-17.

*Singh,* Ajit and Ann *Zammit* (2000), International Capital Flows: Identifying the Gender Dimensions, in: World Development, Vol. 28, No. 7, 1249-1268.

*Spieldoch,* Alexandra (2002), When a Terrible Situation Gets Worse. Reflections From a Gender Perspecitve (July); www.genderandtrade.net/PapierSeries.

*Truong,* Thanh-Dam (2001), Organized Crime and Human Trafficking, in: Emilio *Veriano* (ed.), Organized Crime, Myths and Profits, London.

*Truong,* Thanh-Dam (2000), A Feminist Perspective on the Asian Miracle and Crisis: Enlarging the conceptual map of human development, in: Journal of Human Development. Vol. 1, 1, 159-164.

*Young,* Brigitte (2003), Financial Crises and Social Reproduction: Asia, Argentina and Brazil, in: Isabella *Bakker* and Stephen *Gill* (eds.), Power, Production and Social Reproduction, London.

*Young,* Brigitte (2001), The „Mistress" and the „Maid" in the Globalized Economy, in: Leo *Panitch* and Colin *Leys* (Eds.), Working Classes. Global Realities, Socialist Register 2001.

[21] Argentiniens Wirtschaftsminister.